

Deutsche Erinnerungskultur

Der Philosoph Karl Jaspers sprach bereits 1945 davon: „Was und wie wir uns erinnern, und was wir darin als Anspruch gelten lassen, das wird mitentscheiden über das, was aus uns wird“

Der Sowjetunion und ihren Alliierten verdanken wir die Befreiung vom Faschismus. Leider war für Deutsche lange Zeit das Kriegsende nur mit dem Begriff der Niederlage verbunden. „Wir haben ja den Krieg verloren...“, so lautete eine fast überall vernehmliche Redewendung. Daß die Niederlage eine Befreiung war, setzte sich erst nach Jahren der Entnazifizierung und Reeducation in den Köpfen der Deutschen durch.

Noch 1955 wurden die Folgen des II. Weltkriegs für die Deutschen zumeist gelöst aus dem historischen Zusammenhang gesehen. Die von der Bundeszentrale für Heimatdienst herausgegebene Zeitung *Das Parlament* stellte den Vormarsch der Roten Armee als das unerwartete Hereinbrechen „bestialischer Horden“ dar, die an „Unschuldigen unmenschliche Vergeltung übten“. Der Münchner Merkur titelte: „Asien überfällt Europa“ und deutete so den unmittelbar vorausgegangenen Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu einem „heldenhaften Abwehrkampf gegen den Bolschewismus“ um.

Erst die Ende der 50er Jahre ansatzweise in Gang gekommene juristische Verfolgung und Aufarbeitung der NS-Verbrechen, der Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem, der Auschwitz-Prozess 1963–1965 in Frankfurt schärfte das öffentliche Bewusstsein die deutsche Schuld betreffend. Bundespräsident Heinrich Lübke wandte sich anlässlich seiner Ansprache im April 1965 zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen gegen die Tendenz, die Verbrechen des „Dritten Reiches“ zu verschweigen. Mit dem Sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt, Antifaschist, Emigrant (F.J. Strauss bezeichnete ihn als „vaterlandslosen Gesellen“) veränderte sich die historische Wahrnehmung noch entscheidender. Der Historiker Peter Graf Kielmannsegg setzte mit seinem entschiedenen Kontra der bis dahin in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vorherrschenden Opferrhetorik entgegen: „Deutschland war, was die nationalsozialistische Verwüstung Europas betrifft, zunächst einmal Täter, und die anderen waren Opfer.“

Der 8. Mai wurde 1970 erstmals mit einer Sondersendung des Deutschen Bundestages gewürdigt. In Regierungserklärungen plädierten sowohl Brandt als auch Heinemann für eine Aussöhnung mit den Staaten des Ostens und für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenzen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach am 8. Mai 1975 vom „Tag der Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft“. Bundespräsident Walter Scheel stellte klar, dass die Deutschen für die Machtergreifung Adolf Hitlers die Verantwortung tragen und dass die nationale Katastrophe schon 1933 begann und nicht erst 1945. Im öffentlichen Bewusstsein blieb die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker haften, der deutlich machte, dass der selbstkritische Umgang mit der eigenen Vergangenheit in der Bundesrepublik mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden sei, und allen Versuchen, die NS-Verbrechen zu beschönigen, eine deutliche Absage zu erteilen sei.

Bundeskanzler Helmut Kohl (Historiker) trat dagegen in einige Fettnäpfchen. Mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan besuchte er am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem neben Soldaten der Wehrmacht auch Angehörige der Waffen-SS

begraben waren. Als er dort „den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedachte, fegte ein Sturm der Entrüstung durch das Land. Auch seine Teilnahme an dem Schlesiertreffen in Hannover, das unter dem Motto „Schlesien bleibt unser“ gestanden hatte, war nicht dazu angetan, die Gemüter zu beruhigen.

Auch am 50. Jahrestag gab es Proteste gegen den 8. Mai als Tag der Befreiung. Konservative Intellektuelle und Politiker, u. a. der CDU-Politiker Alfred Dregger und Alexander von Stahl, ehem. Bundesanwalt, veröffentlichten in der FAZ am 7. April 1995 eine vieldiskutierte Anzeige „gegen das Vergessen“. Darin wurde daran erinnert, dass das Kriegsende nicht nur das Ende des „Dritten Reiches“ bedeutete, sondern auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung Deutschlands. Doch diese Anzeige traf auf heftigen öffentlichen Widerstand, und es entstand eine heftige Diskussion, die die Befreiungsthese stützte. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth gedachte am 27. Jan. 1995 im Bundestag, und 1996 wurde der Tag der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz am 27. Januar als offizieller Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Durch die Wehrmachtsausstellung und die ständig präsente Erinnerungskultur hat sich das Bewusstsein der Deutschen noch einmal geschärft. Auch die in der letzten Zeit verstärkt zu beobachtende Erinnerung an die deutschen Opfer von Krieg und Vertreibung dient nicht mehr, wie noch in den 50er Jahren, zur Relativierung der Verbrechen der Deutschen. Daran ändern auch die Versuche rechter Gruppierungen und der Neo-Nazis nichts, die Geschichte in ihrem Sinne umzudeuten. Unbelehrbare wird es immer und überall geben.

Peter Jaworskij